

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Riesner Verlag, Dresden, Nr. 20.

Verlag: Riesner Verlag, Dresden, Nr. 20.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 11.

Donnerstag, 15. Januar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschreib-Beile (7 Silben) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Tietze, Riesa.

Die Pächter-Zero mit den Kontrollnummern: 1972 bis 2002 einschließlich aus den Köchler Werken, 259 bis 361 einschließlich aus der Meißner Fabrik in Dorfkopf, 532 bis 543 einschließlich aus dem Serumlaboratorium Ruete-Groch in Hamburg, 108 bis 130 einschließlich aus den Behringwerken in Marburg, 210 bis 222 einschließlich aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden ab, soweit sie nicht bereits früher wegen Abminderung usw. eingezogen sind, vom 1. Januar 1920 ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt. Dresden, am 13. Januar 1920. 98 IV M 14 705 Ministerium des Innern.

## Abänderung der Bestimmungen über Zahlung mit Kriegsanleihe beim Kauf von Meeresgut.

Auf die Bekanntmachung in Nr. 9 der Sächsischen Staatszeitung vom 13. Jan. 1920 wird hingewiesen, wonach der Käufer von Meeresgut bei Zahlung mit selbstgezeichneten Kriegsanleihen die laufende Umschreibung nicht mehr abzutrennen, sondern an den in Zahlung zu gebenden Stücken zu belassen hat. Dresden, den 12. Januar 1920. Reichsverwaltungsamt, Landesstelle Sachsen. 14697

## Einlösung der Zinscheine von für Meeresgut in Zahlung gegebene Kriegsanleihe.

Bisher waren die laufenden Zinscheine bei Zahlung mit Kriegsanleihe vom Käufer abzutrennen. Laut Bekanntmachung in der Sächsischen Staatszeitung Nr. 9 vom 13. Januar 1920 sind diese am 1. Januar und 1. April 1920 fälligen Zinscheine von jeder Bank oder Sparkasse einzulösen, wenn der Käufer diesen Stellen den Nachweis über die für Meeresgut gegebene Kriegsanleihe vorlegen kann. Als Nachweis gilt die Quittung oder eine Bescheinigung der Verkaufsstelle. Die Bank oder Sparkasse hat auf dem Nachweis die Einlösung der Zinscheine zu vermerken. Dresden, den 12. Januar 1920. Reichsverwaltungsamt, Landesstelle Sachsen. 14696

## Teuerungszuschlag für die Bezirkschornsteinfegermeister.

Der Bezirksausschuß hat auf Antrag der Bezirkschornsteinfegermeister eine weitere Erhöhung der Rebzölle um 50%, als Teuerungszuschlag mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab bis auf Weiteres bewilligt, jedoch nunmehr einschließlich der Erhöhungen vom 1. Mai 1918 und 21. Mai 1919 100% Zuschlag zu der Rebzölle vom 31. Dez. 1912 zu erheben ist. Großenhain, am 13. Januar 1920. 86 a C. Die Amtshauptmannschaft.

## Vertilgung und Säufliches.

Riesa, den 15. Januar 1920.

— Vom Hochwasser der Elbe. Die Elbe ist auch von gestern zu heute beträchtlich gestiegen. Am heutigen Morgen war heute vormittag ein Wasserstand von 496 Zentimeter über Null zu verzeichnen, gegen 396 Zentimeter gestern. Das Wasser steigt zur Stunde noch immer langsam, doch wird damit gerechnet, daß heute abend oder im Laufe der Nacht der Höchststand erreicht werden wird. So weit man von der Parktreppe aus sehen kann, sieht man den Park unter Wasser stehen, das bis auf die ersten Stufen der Parktreppe reicht. Auch die Uferböschung der Schrebergärten auf dem Köchler Platz hat seit gestern beträchtlich zugenommen. In der Jahna ist das Wasser teilweise in die Häuser eingedrungen. Die Schiffbauhalle ist ringsherum vom Wasser umgeben, das auch begonnen hat, in die nicht weit davon gelegenen Kohlen- schuppen einzudringen. Im Gröbaer Park hat das Wasser die Höhe des Kais noch nicht ganz erreicht. Oberhalb Riesa ist die Elbe weit aus den Ufern getreten und hat Wiesen und Felder unter Wasser gesetzt. Vor Lautewitz reicht das Wasser bis nahe an den Lautewitzer Weg. Unterhalb Riesa werden die Fluren dem Hochwasser nicht minder ausgeliefert sein. Für die Saatenernte sieht hieraus leider recht trübe Aussichten. Der gegenwärtige Hochwasserstand dürfte seit 1900 nicht mehr erreicht worden sein. Damals war am Dresdner Pegel ein Höchststand von 478 Zentimetern zu verzeichnen. Ganz wird dieser Stand diesmal wohl nicht erreicht werden, wenigstens wird aus Dresden gemeldet, daß dort für heute vormittag mit einem Höchststand von 425 Zentimetern über Null gerechnet würde.

— Evangelisations-Vorträge. Wir werden um Aufnahme folgender Seiten gebeten: Die Landeskirchliche Gemeinschaft und das Stadtpfarramt laden in dieser Nummer zu einer Predigt und einigen Vorträgen des Herrn Pastor Samuel Keller ein. Dieser Mann, der seine geistliche Stelle freiwillig aufgegeben hat, um sich ganz der Evangelisationsarbeit zu widmen, hat die besondere Gabe, in volkstümlicher Weise heranzuhelfen von dem Christentum und seinem Segen zu reden. In allen Städten Deutschlands, in die er bisher gekommen und wiedergekommen ist, war sein Auftreten allemal ein Ereignis, nicht zum letzten in unserer Landeshauptstadt Dresden. Möchte es auch in unserer Stadt, in die er zum ersten Male kommt, ein Ereignis werden, das fruchtbar nachwirkt. Möchten wie anderwärts so auch hier viele seine Worte folgen. Sie werden es nicht zu bereuen haben.

— Verein für Volksbildung. Wir machen auf die Anzeige des Ausschusses für die Volkshochschule in der heutigen Nummer aufmerksam. Außerdem sei bemerkt, daß am Freitag, den 18. Februar Herr Oberlehrer Bittner seine Vorträge über Volkswirtschaft in Gröba fortsetzt. („Das Kapital“). Die übrigen Volkswirtschaftskurse in Riesa und Gröba beginnen nächste Woche wieder zur gleichen Zeit wie vor Weihnachten.

— Fernspreckgebühren. Vom Postamt Gröbisch wird uns mitgeteilt: Nachdem die Zahl der Teilnehmeranschlüsse in Gröbisch (Amts-Gröbenhain) auf mehr als 50 gestiegen ist, erhöht sich nach §§ 2 und 3 der Fernspreckgebührenordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzblatt S. 711) und § 4 des Gesetzes, betreffend Telegra- und

Fernspreckgebühren vom 8. September 1919 (Reichsgesetzblatt Nr. 170) die jährliche Pauschalgebühr von 1. April 1920 ab auf 200 Mark. Die Teilnehmer, die sich der Zahlung der erhöhten Gebühr nicht unterwerfen wollen, sind berechtigt, ihre Anschlüsse zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Erhöhung mit einmonatiger Frist zu kündigen. Statt der erhöhten Pauschalgebühr können sie eine Grundgebühr von 120 Mark und Gesprächsgebühren von 10 Pf. für jede Verbindung im Ortsverkehr entrichten. Die Gesprächsgebühren müssen den Betrag von 40 Mark jährlich erreichen. Die Teilnehmer, die nicht bis Ende Februar erklärt haben, daß sie die Grund- und Gesprächsgebühren entrichten wollen, werden vom 1. April 1920 ab zur Zahlung der erhöhten Pauschalgebühr herangezogen.

— Neue Amtshauptmannschaften. Die Vereinigung der Gemeindeverbände in den Amtsgerichtsbezirken Verdau und Grimmitzsch hat in einem Gesuch an die Volkshammer um die Erhebung des Zweigamtes Verdau zu einer selbständigen Amtshauptmannschaft nachgesucht. Dem Gesuch haben sich eine Anzahl Gemeinden des Bezirks angeschlossen. Auch von anderen Gemeinden sind bereits ähnliche Wünsche laut geworden. Es ist jedoch unmöglich, daß solchen Forderungen zur Zeit Rechnung getragen wird. Die Reform der Gemeindeordnung soll ja auch eine neue Regelung der Bezirksverwaltungen bringen, und es muß erwartet werden, daß diese auch in der Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften bestehen wird. Erwohnen ist auch worden, ob nicht eine Neuerteilung der Amtshauptmannschaften in ganz Sachsen erfolgen soll, eventuell eine wesentliche Verkleinerung und damit eine große Vermehrung der Bezirke. Bevor diese Reform nicht durchgeführt ist oder wenigstens in ihren Grundzügen feststeht, können an der jetzigen Verwaltungsanordnung keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen und auch keine neuen Amtshauptmannschaften errichtet werden.

— Die sächsische Industrie zum Reichsnoteopfer. Die „Sächsische Industrie“, das amtliche Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller veröffentlicht einen vom Gesamtverband des genannten Verbandes zum Reichsnoteopfer gefaßten Beschluß, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Reichsnoteopfer in seiner Gesetz gewordenen Form und noch dazu in Verbindung mit den sonstigen Vorkäufen und Einnahmen der Gewerkschaften übermäßig belastend Reichs- und Landesverwaltungen viele Unternehmer in Stadt und Land vor die Schwadlsfrage stellt, die Fortführung ihrer Betriebe überhaupt noch zu verantworten und erträglich sein wird. Der Verband Sächsischer Industrieller erachtet es als seine Pflicht, namens der gesamten sächsischen Industrie wieder und wieder auf die Folgen hinzuweisen, die aus der eingeschlagenen parteipolitisch orientierten und ungeschicklichen, grundtätig kapital- und damit zugleich produktionsfeindlichen in ihren Mitteln und Maßnahmen rücksichtslos streuerpolitisch sich ergeben müssen. Der Verband Sächsischer Industrieller ist der Ansicht, daß die Geldmangel der Reichs- und Landesverwaltungen niemals mit der Schwächung der Produktivkräfte der Volkswirtschaft erreicht werden kann, weil alle Gemeinschaft mit einer derart wirtschaftsfeindlichen Reichs- und Steuerpolitik von sich und erbebt gegen sie den schärfsten Einspruch.

— Finanzminister Rißke ist an einem schweren Augenleiden erkrankt, das ihm größte Schonung auferlegt. Aus diesem Anlaß wurde die Besprechung wegen Herkaunna der Fortifikationsakademie abgebrochen. — Die aus

## Reichsverordnung in der Woche vom 12.—13. Januar 1920.

Auf die Reichsrechtsfortschritte Reihe W erhalten:  
Personen über 6 Jahre auf die Marken 1—7 bis 100 gr | Fleisch- und  
Personen unter 6 Jahre auf die Marken 1—4 bis 50 gr | Wurfschnecken.  
Der Preis beträgt bei:  
Wachsenfleisch 6,08 M. | für das ausgewogene Pfund.  
Wachsenwurst 4,40  
Großenhain, am 13. Januar 1920.  
20 v. Die Amtshauptmannschaft.

## Butter, Margarine und Kunstspeisefett betr.

1. Der Buchstabe Z, gültig vom 19.—25. 1., darf in den Orten Großenhain, Riesa, Gröba, Wersdorf, Bockra und Weida mit einem Viertel Stückchen Butter beliebert werden.  
2. In den vorgenannten 6 Orten erhalten die Verordnungsberechtigten und die Selbstverfasser gleichzeitig noch als Sonderverteilung 30 gr Kunstspeisefett zum Preise von 34 Pf. Den Selbstverfasser ist Abschnitt 8 der Zulassungsverordnung abzugeben und hierüber unter Angabe der Zahl mit einzuliefern.  
3. In allen übrigen Orten darf an die Verordnungsberechtigten vom 19.—25. 1. nur ein Viertel Stückchen Butter und gleichzeitig noch 50 gr Margarine ausgegeben werden.  
4. Die Betriebsmarken für Päder und Galtwirte dürfen nur mit Margarine, die leichtgenannt mit 31%, er, beliebert werden.  
Großenhain, am 14. Januar 1920.  
181 b IV. Der Kommunalverband.

## Einladung.

In der Predigt und den Vorträgen des Herrn Pastor Samuel Keller laßt das unterzeichnete Pfarramt die Mitglieder der Kirchgemeinde Riesa auch seinerseits herzlich ein. Das ev.-luth. Stadtpfarramt Riesa. Friedrich.

## Holzversteigerung, Subertusburger Staatsforstrevier.

In Stricker's Gashof in Wahlitz bei Wersdorf, Wittvach, den 28. Januar 10 Uhr: 4400 w. Stämme 10 43 cm, 162 Laubholzstämme 10 60 cm, 250 Laubholzstämme 8 71 cm, 3593 w. Äste 7 29 cm.  
Donnerstag, den 29. Januar, vorm. 10 Uhr daselbst: 408 Baumstämme 7 cm, 3400 ft. Äste, 10 15 cm, in kleinen Posten. Nachschlage: Abt. 18, 64, 70, 89, 95, 104.  
Dürchführer: Abt. 107, 108.  
Forstrevierverwaltung Subertusburg. Forstrentamt Grimma.

Dresden gemeldet wird, scheint die Erkrankung des Sächsischen Finanzministers Rißke nicht allzu bedenklicher Natur zu sein, da sich das Gesamtministerium um die Frage der Vertretung des Ministers während der Dauer seiner Krankheit noch nicht beschäftigt hat. Es kann daher angenommen werden, daß der Finanzminister in der Lage ist, seine Tätigkeit bald wieder aufzunehmen.

— Amnezie für die Verbraucher von Gegenständen des täglichen Bedarfs. Der Volkskammer ist eine Regierungsvorlage über den Entwurf eines Gesetzes, eine Amnezie für die Verbraucher von Gegenständen des täglichen Bedarfs betreffend, zugegangen. Tarnach sollen alle Vergehen und Übertretungen gegen solche Gesetze und Verordnungen, durch welche der Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs geregelt wird, nachgelassen werden, sofern sie bis zum 31. Dezember 1919 einschließlich von Verbrauchern verübt worden sind. Die wegen solcher Verfehlungen bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes von sächsischen Gerichten rechtskräftig erkannten Strafen einschließlich der Nebenstrafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, sowie die rückständigen Kosten werden erlassen; bei sächsischen Behörden anhängige und noch anhängig verhandelte Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz findet keine Anwendung auf solche Verfehlungen, die in gewinnwirtschaftlicher Absicht begangen worden sind.

— Schlichtungsausschuß Baugewerbe. Wie der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband mitteilt, ist der Schlichtungsausschuß für das Baugewerbe für die Amtshauptmannschaften Dresden und Bautzen mit dem Sitz in Dresden, Brunner Straße 45, nunmehr zusammengetreten. Alle Streitfälle sind in siebenstündigen Ausfertigungen durch in Frage kommende Gewerkschaften an vorgenannter Stelle innerhalb der im Tarifverträge für das Baugewerbe festgelegten arbeitsfähigen Zeit einzureichen. Als Stichtag für den Beginn dieser Frist gilt erstmalig der 15. Januar 1920.

— Zur Heberwachung der Lebensmittelablieferung. Der Volkskammer ist vom Gesamtministerium ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach der Ausschuss für die Errichtung und Tätigkeit der von ihm als ständige Organe der Kreis- und Amtshauptmannschaften errichteten Ausschüsse zur Heberwachung der Lebensmittelablieferungen von den Kommunalverbänden getragen werden soll. Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hat sich einstimmig gegen diesen Vorstoß der Regierung ausgesprochen, die Kosten für Organe staatlicher Behörden den ohnehin schon mit eigenen Ausgaben mehr als genügend obfekteten Gemeinden aufzuerlegen und hofft, daß die Volkskammer gegen dieses Vorhaben tatkräftig Stellung nehmen wird.

— Recerane. Der Kriminalpolizei ist es nach langen Bemühungen gelungen, den in der Nacht zum 22. Dezember v. J. in der Woberei von Klemm u. Co. verübten Einbruch bei dem den Einbrechern Bewahren im Werte von ca. 30 000 Mark in die Hände fielen, aufzuklären. Die Diebstehente wurde, in einer Scheune vergraben, in einem im Seifner Abteil gelegenen Grundstück entdeckt und zum größten Teil wieder herbeigeschafft. Als Einbrecher wurden der Schankwirt Bruno Häbler und der Fabrikarbeiter Häbler verhaftet.

— Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Der Finanzausschuß der sächsischen Volkskammer beschäftigte sich im Beisein von Regierungsvertretern mit der Regierungsvorlage, den Gesetzentwurf zur

Wanderung des Einkommensteuereinkommens betreffend. Der Ausschuss hat wesentliche Veränderungen der Vorlage getroffen und einen 2. Entwurf ausgearbeitet, der der Regierung vorgelegt ist. Der neue Entwurf verleiht alle übrigen Läden des alten Gesetzes zu verstopfen. Auch sollen die schwebenden Steuerfälle aus der Zeit vom Januar 1916 bis Februar 1920 eingeschlossen werden. Die Fälle bei einem Einkommen von unter 10000 Mark bleiben davon unberührt.

**Dresden.** Gestern richtete das Hochwasser der Elbe bis an die Mauern der Brühl'schen Terrasse, auch das bekannte Einnehmer-Häuschen der sächsisch-böhmischen Dampfstraßenbahn-Gesellschaft steht im Wasser. Auf dem Altstädter Ufergelände zwischen Carola- und Albertbrücke, besonders oberhalb der letzteren, sind die zum Teil nur geräumten Dols-, Kohlen-, Torf- und Steinlagerplätze vom Wasser völlig überschwemmt. Vereinzelt stehen noch beladene Kohlenwagen einsam unter Wasser. Überall sind Arbeiter mit Bergungsarbeiten und mit Herausfischen von Dolsklößen und Befestigen von Dolsklößen tätig. Die Spielwiesen unterhalb Anton's und die Wiesen des Chicago-Beckens sind ebenfalls überflutet.

**Dresden.** Die Zahl der Erwerbslosen ist in der Zeit von Anfang Dezember bis Ende Dezember 1919 um 1247 (von 13444 auf 14791) gestiegen. Mit einem weiteren Steigen der Erwerbslosenziffer muß gerechnet werden. Die Zahl der Vermittelungen im Monat Dezember ist um 55 (von 5523 auf 5578) gesunken.

**Schmilka.** Das Elbehochwasser richtet im Elbtal großen Schaden an. Die Obstplantagen an den Elbstrecken nach den Landesgrenzen zu sind überschwemmt. Der Grenzort Herrnhutten steht unter Wasser. Die nach der Landesgrenze führenden Elbstrecken und zahlreichen Elbdörfer sind unter Wasser gesetzt.

**Gorsdorf.** Durch Selbstentzündung wurde die große Albert-Drehtische-Fabrik hier ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf 300000 Mark geschätzt.

**Blauen.** In der Person eines hiesigen 18-jährigen Badergehilfen wurde unweit des hiesigen oberen Bahnhofes zur Nachtzeit ein gemeingefährlicher 2-Kugeldieb festgestellt. Der kurz zuvor aus dem D. von Leipzig-Blauen zwei Kugeln gefolgt hatte. Der auch von der Staatsanwaltschaft Bismarck geprüfte Bursche hat bereits drei Eisenbahnstahle zugehtanden.

**Eger.** Die Wabstimmung im Böhmerland die Presse auch infolge der Umwälzungen in die Höhe gehen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß eine mittelgroße Zwiebel auf 2 Kronen zu stehen kommt.

### Der Ausbau der Schleichhandelsbekämpfung im Regierungsbezirk Dresden.

(Von Kurt Schumann, Mitglied des Ausschusses zur Heberwachung der Lebensmittelbeschaffungen für den Regierungsbezirk Dresden.)

Der Kampf gegen Schleichhandel und Wucher wird entsprechend der zunehmenden Verbreitung dieser beiden Übel immer heftiger. Und doch ist bisher nur wenig erreicht worden; wenig, wenn man den ungläublichen Umfang, den Schleichhandel und Wucher angenommen haben, als Maßstab benutzt. Die Hauptgründe dafür sind einmal die bedauerliche Gleichgültigkeit, die der überwiegende Teil unserer Volksgenossen heute allen Erscheinungen des öffentlichen Lebens entgegenbringt; und ferner das oft übertriebene Misstrauen der verschiedenen Bevölkerungsschichten gegeneinander.

Jeder Volksgenosse sollte sich klar sein, daß er seine eigenen Rechte unterläßt, wenn er nicht selbst den Kampf gegen Schleichhandel und Wucher mit aufnimmt. Ob er Erzeuger oder Verbraucher ist, ist hierbei durchaus nebensächlich. Denn sobald jemand positive Angaben machen kann, dies aber unterläßt, unterläßt er damit die Geschwendschätter. Er schadet damit den Interessen der Verbraucher, wie auch denen der ihren Pflichten nachkommenden Erzeuger.

Alle Mithrauen, wo es am unrechten Plage ist, muß verschwinden. Wir kommen nicht weiter, wenn der Verbraucher in jedem Erzeuger einen Schleichhändler, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, um möglichst viel mit Wuchergewinn verkaufen zu können, erblickt. Wir kommen auch nicht weiter, wenn der Erzeuger in den verschiedenen Verordnungen oder in den Kontrollorganen nur Schilfanten erblickt. Hier fehlt etwas guter Wille zu gegenseitigem Verständnis. Vor allem aber fehlt der Wille, in gemeinsamer Arbeit die bestehenden Schäden zu beseitigen. Eine der vielen Gelegenheiten dazu bietet sich gerade jetzt und muß wahrgenommen werden.

Infolge Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom 2. Juni 1919 sind bei allen Kreisbauhauptausschüssen Heberwachungsausschüsse gebildet worden, deren Aufgabe kurz mit Bekämpfung von Schleichhandel und Wucher zu bezeichnen ist. Die Organisation dieser Ausschüsse ist in den einzelnen Kreisbauhauptausschüssen verschieden. Hier soll einmal die des Regierungsbezirks Dresden besprochen werden. Dieser besteht zurzeit aus 87 Mitgliedern, wovon nur 6 Landwirte, 1 Bäcker- und 1 Fleischermeister als Erzeuger in Frage kommen. Wenn nun auch diese 8 Erzeuger bisher bei den vorgenommenen

Verfügungen genügt haben, da sich die dem Ausschuss angehörenden Verbraucher gewöhnlich der Mitwirkung ortsbekanntem Erzeuger bedienen, so ist dies doch kein Idealzustand. Denn hier steht, wenn auch unbegründet, das Misstrauen der Erzeuger ein; sie glauben sich geschädigt, da sie nicht genügend vertreten seien. Ein weiterer Grund, die Organisation auszubauen, war die Tatsache, daß die 79 Verbraucher sich auf nur 64 Gemeinden verteilten. Mit all den übrigen Gemeinden des Regierungsbezirks behauptet nur eine laie Fühlung, oft auch diese noch nicht einmal. Ein weiterer Ausbau war somit zwingende Notwendigkeit. Man kann nun geteilter Meinung sein, ob es richtig wäre, noch einige Hundert Ausschussmitglieder zu benennen oder das Einbringen in alle Gemeinden und gleichzeitig ein das Vertrauen aller Bevölkerungsschichten gemienendes Verhältnis in Bezug auf ihre Vertretung auf eine andere Art und Weise zu erreichen.

Die Kreisbauhauptausschüsse Dresden hat unter dem 20. Dezember 1919 zur Unterhaltung des Heberwachungsausschusses eine Verordnung erlassen, deren Inhalt folgender ist: Am 1. Februar d. J. muß in jeder Gemeinde des Regierungsbezirks Dresden, soweit über 600 Einwohner vorhanden, ein Ausschuss bestehen, der zu 1/2 aus Verbrauchern und zu 1/2 aus Erzeugern zusammengesetzt ist. Unter den Verbrauchern ist besonders die werftätige Bevölkerung heranzuziehen. Dieser Ausschuss, in den Dörfern durch die Gemeindevertretung, in den Städten durch die Stadtvorordneten gewählt, hat umgebend die Wahl seines Vorsitzenden, außerdem noch die von 2 Verbrauchern und 1 Erzeuger vorzunehmen. Diese sind Vertreter des Ausschusses, die zu Besprechungen herangezogen werden können. Mindestens ein Mal in jedem Monat hat der Ausschuss zusammenzutreten. Der Vorsitzende verleiht die ihm zugehörigen erziehungspolitischen Verfügungen der Ausschuss hat deren Durchführung in der Gemeinde zu beraten.

Die Aufgabe des Ausschusses ist die Bekämpfung von Schleichhandel und Wucher. Er hat somit für reiblose Erhaltung aller Lebensmittel, soweit sie bewirtschaftet werden, Unterbindung jeder Veräußerung von Lebensmitteln entgegen den bestehenden Gesetzen und Verordnungen, wie auch für eine geordnete Preisbildung bemüht zu sein. Die Ausschussmitglieder haben sich zunächst an den angeordneten Beziehungen, Verhandlungen usw. zu beteiligen, im übrigen aber von Zeit zu Zeit Tätigkeiten vorzunehmen. Der Ausschuss hat in dauernder Fühlungnahme mit dem Heberwachungsausschuss zu verbleiben und ihm alle Beobachtungen und getroffenen Maßnahmen auf seinem Tätigkeitsgebiete zu berichten. Alle Behörden haben ihm jede gewünschte Auskunft und Unterstützung zu erteilen zu lassen. Die amtlich geführten Listen stehen dem Ausschuss zur Verfügung.

In sehr vielen Gemeinden bestehen mehrere Ausschüsse, die zusammen das gleiche Endziel erstreben oder erstreben sollen. Aber nur wenige Gemeinden können behaupten, daß die Ausschüsse mit aller ihren Aufgaben nachgehen. Die Ursachen hierzu sind verschieden. Jetzt soll nun in fast allen Gemeinden ein wirklich arbeitender Ausschuss gewählt werden. Ob man dazu einen der bestehenden Ausschüsse, gleich welchen Namens, ergänzt oder im Sinne der Verordnung neu wählt, ob man die übrigen Ausschüsse noch beibehält oder nicht (was in den meisten Gemeinden praktisch auf dasselbe herauskommen dürfte), ist Sache der Gemeindevertretung. Man wählt man am besten in diesen Ausschuss? Ortsanwohner, die ein Herz für die Not der Zeit haben, solche, die auch in der Lage und Willens sind, den ihnen auferlegenden Pflichten nachzukommen. Offene, ehrliche und auch energische Leute. Man wähle keine Männer, die mit Ehrenämtern schon beladen sind, man wähle auch nicht, aus übertriebener Rücksicht Personen, die aus gesellschaftlichen oder geschäftlichen Gründen nur selten einmal mit aufpassen würden.

Für die Zusammensetzung des Ausschusses ein Schulbeispiel:

Eine Gemeinde mit 5000 Einwohnern, die zum Teil der Landwirtschaft, zum Teil der Industrie angehört, würde ihren Ausschuss wie folgt zusammensetzen:

- A) Erzeuger: 2 Landwirte, 1 Bäckermeister, 1 Fleischermeister.
  - B) Verbraucher: 2 Beamte (der Vorsteher der Kriegswirtschaftsabteilung und 1 Volkswirt), 1 Kaufmann oder Bogerhalter, 1 selbständig Gewerbetreibender, 4 Arbeiter.
- Bachtet man dabei, daß jeder der Gewählten den vorstehend aufgeführten Ansprüchen entspricht, dann wird auch dieser Ausschuss Erfreuliches leisten.

### Der Reichswehrmann vor der Entscheidung.

In der Mitteldeutschen Soldatenteilung veröffentlicht der Leiter der Wohlfahrtsabteilung des Wehrkreises 4, Rittmeister v. Nechtritz einen bedeutsamen Aufsatz über die angestrebte Verminderung des Reichsheeres bedeutungsvolle Frage nach der Gestaltung der Zukunft der Reichswehrmänner, dem wir folgendes entnehmen:

Die Zeit naht, wo sich der Reichswehrmann entscheiden muß, ob er bis zu 12 Jahren Wehrdienstzeit im neuen Heere verbleiben oder in einen bürgerlichen Beruf zurück-

kehren will. Wir müssen damit rechnen, daß im Frühjahr die Heeresverminderung bis auf 100000 Mann durchgeführt wird. Es ist bisher gelungen, so gut wie alle Auszubehenden durch private Fürsorgeeinrichtungen und Arbeitsnachweise unterzubringen, die nicht selbst eine Stelle fanden, aber noch hatten vor keine Massenabgänge von 100000 bis 200000 Mann, die uns das Frühjahr bringen wird. Wenn man zu diesen Zahlen die aus allen Teilen der Welt zurückgekehrten Auslandsdeutschen und heimkehrenden Gefangenen hinzu, so kann jeder ermessen, welchen Schwierigkeiten der einzelne bei seiner Unterbringung in einem Berufe begegnen wird.

Es ist viel gefaselt worden von Umsiedlung und Auswanderung und dadurch in Tausenden die Hoffnung erweckt, neue Erwerbsquellen zu finden, die unabhängig von den bestehenden Möglichkeiten des Fortkommens machen sollen. Den großen Worten heißt aber fürs erste die harte Wirklichkeit gegenüber: die täglich im Steigen begriffene Entwertung unseres Geldes und damit das hässliche Wachsen der Preise für alle, auch die bedauerlichen Lebensbedürfnisse. Und dann geföhrt zum Stebler wie zum Auswanderer eine Zusage, über die jetzt wenige verfügen: das Entlassen. Man muß hinein in ein neues Leben, in dem man auf viel Augenblicke verzichten muß, um mit eigenen Händen in jeder Arbeit Stein für Stein einer neuen Zukunft zusammenzutragen. Wer sich das zutraut, der gehe hinaus auf Land oder in die Fremde, er wird sein Glück machen trotz Not und Gefahr. Wenn aber dieser Wille zu entlassungsvollem Schaffen absteigt der Wille fehlt, dem hilft auch kein Entlassungsgeld mit Landenteignung, kein Angebot fremder Länder. Nach dem oben Gesagten kann dem Reichswehrmann nicht genug geraten werden, in der Truppe zu bleiben, wenn sich ihm die Möglichkeit dazu bietet.

Die Beratungen über das neue Wehrgesetz sind in vollem Gange, und schon heute gilt als sicher, daß die wirtschaftliche Zukunft des Soldaten während seiner langen Dienstzeit sorgfältig vorbereitet und gesichert wird. Alle Stellen sind sich darüber einig, daß in die Kaserne der Zukunft eine Unterrichtsorganisation mit Wehrdienst gehört, welche den Soldaten entsprechend seinen Fähigkeiten und Wünschen als Kopf- oder Handarbeiter so fortbilde, daß er nach Ablauf seiner Dienstzeit, mit den nötigen Geldmitteln versehen, ohne Verzicht sich dem erwählten Berufe zuwenden kann. Der Unterricht soll den Hauptzweigen des Erwerbslebens Rechnung tragen, die allgemeine Schulbildung erhöhen, durch Fachkunde auf Spezialgebieten erweitern, das Handwerk pflegen u. bis zur Gefellenprüfung fortentwickeln. Auch landwirtschaftliche Ausbildung in Truppenparthen oder Versuchsgärten ist vorgesehen. Nicht Jahre öden Drills liegen vor den Soldaten, sondern ernste Arbeit, die den Soldaten einmal hilft für sein schweres, aber schönes Amt, Recht und Ordnung zu sichern, die ihm außerdem aber sichere Werte schafft für sein späteres Leben. Die ersten Jahre werden auch in Zukunft voll und ganz der Ausbildung dienen, und daß diese nicht schlechter, sondern vielmehr umfassender sein muß als im alten Heere, das ergibt sich schon aus der geringeren Stärke jetzt, bei der wenigstens so teilweise die Zahl durch die Güte ersetzt werden muß. Aber in zwölf Jahren kann einer sein Handwerk schon gründlich erlernen und wird nebenher genügend Zeit finden, sich ebenso sorgfältig für seinen späteren Beruf vorzubereiten.

Nach dem persönlichen Wohlfinden wird im neuen Heere in weitestgehender Weise Wehrdienst geschenkt werden. Die Anfänge dieses Strebens konnte schon jetzt jeder wahrnehmen, obgleich zurzeit die Unbestimmtheit der Garnisonorte, Kasernenbelegung und der Truppenverbände durchgreifende Neuerungen noch verbietet. Geplant ist aber für die Zukunft, auch in die Kaserne die Wohnlichkeit und Wohnlichkeit zu bringen, auf welche der ordnungsliebende Mann im Stillen Anspruch zu machen pflegt. Ebenso muß der Möglichkeit der Verelratung und der Unterbringung von Familien Rechnung getragen werden. Fragen, die auch im Rahmen des neuen Wehrgesetzes ihre Lösung finden sollen, ohne daß dies jetzt mehr als die allgemeinen Richtlinien angegeben werden können. Immerhin sind aber schon diese Gesichtspunkte geeignet, einen Teil der Unsicherheit bei der gegenwärtigen Entscheidung zu beseitigen und Vertrauen einzuflößen auf die Zukunft unter Soldatenstandes.

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Januar 1920.

**Meldungen der Berliner Morgenblätter.**  
X Berlin. In einer Zusammenkunft sämtlicher Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute der Reichsbahnpartei in der Reichshaus wurde gestern eine Entscheidung angenommen, der tiefsten Empörung Ausdruck zu geben, daß die Gewissenlosigkeit der Veranlasser der Unabhängigen-Demonstration am Reichstag zu einem schmerzhaften Blutvergießen geführt hat. Die Anhänger der Diktatur der Gewalt und des Terrorismus trügen auch die Schuld, wenn die Regierung gewungen wurde, den Ausnahmezustand zu verhängen. Nur wenn jetzt endgültig mit den Gewaltpolitikern Schluss gemacht und die demokratisch-sozialistische Wiederaufrichtung Deutschlands energisch in die Hand genommen werde, würde das Blut am Reichstag nicht umsonst geflossen sein.

### Die schöne Melusine.

Roman von G. Courths-Mahler.  
88. Fortsetzung.

Frau von Sacher war inzwischen zu Sidy in ihren neuen Salon getreten. Diese sah in halbsteigender Stellung in ein verführerisches Lichtgrünes Nichtiges gehüllt auf einem Divan.

„Ist er fort?“ fragte sie Frau von Sacher, sich aus ihrer lässigen Pose halb aufrichtend.

Frau von Sacher sah sie ernst und streng an.

„Ja, Ihr Verlobter ist gegangen, Sidy. Und wie ich sehe, ist göttlich auch Herr von Solms fort. Ich muß Ihnen sagen, das war eine sehr peinliche und unangenehme Szene.“

„Nicht zanken, liebe, teure Bizemama. Die Dienerin, die mir Herrn von Solms meldete, hatte mich wohl mißverstanden. Sie sollte mir nur seine Blumen hereinbringen, statt dessen ließ sie ihn selbst herren. Und er war bei meinem Anblick so närrisch, vor Entzücken, daß ich ihn nicht gleich wieder los wurde. Und wie ich Ihnen schon sagte — er hat mir keine Ruhe gelassen — mußte ich ihm versprechen — aber das wissen Sie ja. Nun, bitte, sagen Sie mir, ist Herr von Berndorf wirklich fort?“

„Ja, aber er kommt in einer Stunde wieder. Er will Sie unbedingt sehen und sprechen und ich habe es ihm versprochen.“

Ein unzufriedener Ausdruck lag auf Sidy's Gesicht. „Das ist mir sehr, sehr unangenehm. Was soll ich ihm nur sagen, liebe, teure Bizemama?“

„Die Wahrheit, Sidy! Die sind Sie ihm schuldig. Ich muß Sie dringend ersuchen, dies falsche Doppelspiel aufzugeben. Es ist mir überaus peinlich, wider meinen Willen darin mitzuwirken. Ich möchte meine Bekanntschaft nicht zum Schauplatz einer Unredlichkeit gemacht sehen. Wenn Sie wirklich Ihre Verbindung mit Dr. von Berndorf auflösen wollen, um sich mit Herrn von Solms zu verbinden, so ist das Ihre Angelegenheit. Aber dann verlange ich von Ihnen, daß Sie Herrn von Berndorf

die Wahrheit sagen — (ich spreche diese mit aufgewungene Rolle nicht mehr!“

Sidy sprang auf und umarmte schmeichlerisch die erlöste Frau.

„Teuerste Bizemama, nicht scheuten.“

Frau von Sacher schob sie aber leise abweisend von sich.

„Ich hatte den ersten Willen, Sidy, Ihnen durch die Einladung zu mir Gelegenheit zu geben, eine gute Partie zu machen, weil ich ein mit Ihrer Mutter innig befreundet war. Es ist ja auch klar, daß Herr von Berndorf nach der überraschenden Verheiratung jenes Onkels keine glänzende Partie mehr ist, wenn ich auch sicher bin, daß er Ihnen allzu große Sorgen verursachen würde. Sie wollen nun die Konsequenzen dieser Verbindung nicht auf sich nehmen und haben sich einen Freier gesucht, der Ihnen an äußeren Gütern des Lebens mehr zu bieten hat. Ich möchte an Ihrer Stelle freilich ganz sicher, daß ich trotz allem lieber an den alten Verbindungen festhielt, denn Herr von Solms kann Herrn von Berndorf in keiner Beziehung das Wasser reichen. Doch das ist Ihre Sache. Sie müssen aber unter allen Umständen jetzt Herrn von Berndorf alles sagen. Ich fürchte, er hat gehört, daß Sie anderen Besuch hatten, und ich will nicht noch einmal als Vaguerin vor ihm stehen.“

Sidy sagte an der Unterlippe. Dann wartete sie den Kopf zurück. Sie fand, daß sie sich nun genug hatte ausgesprochen lassen.

„Gut, ich werde ihn empfangen. Verzichten Sie, daß ich Ihnen Ungelegenheiten mache. Ich werde Herrn von Berndorf sagen, daß Sie gegen Ihren Willen Ausschüchte gebrauchen mußten.“

„Ich will ihm das lieber selbst lassen, sobald er zurückkommt. Nun machen Sie, bitte, Toilette, damit Sie Herrn von Berndorf empfangen können.“

Als Luz eine Stunde später in einer unbeschreiblichen Stimmung zurückkam, wurde er sofort zu Frau von Sacher geführt.

Sie sah in sein blaßes, zudendes Gesicht, in seine unruhigen Augen und atmete gepreßt auf.

„Mein lieber Herr Doktor, bitte, nehmen Sie Platz. Sidy wird gleich hier sein. Ehe Sie mit ihr sprechen, muß ich Ihnen aber ein Geständnis machen, das mich sehr bedrückt. Ich habe Ihnen die Unwahrheit geschrieben und gesagt, als ich Ihnen mitteilte, daß Sidy krank sei. Sie ist nicht krank, sie ist nicht gewesen.“

Er stuchte und sah sie un sicher an.

„Richt krank? Aber weshalb denn das alles? Ich fürchte, hier geht etwas vor, was man mir verbirgt.“

Sie sah ihn teilnahmsvoll an.

„Sidy wird Ihnen alles selbst sagen, Herr Doktor. Es kommt mir nicht zu, Ihnen darüber Auskunft zu geben. Ich möchte mich nur in Ihren Augen zu entschuldigen versuchen. Ich habe Sie nur deshalb im Unklaren gelassen, weil ich hoffte, Sidy würde sich eines Besseren bestimmen. Meine Hoffnung war vergebens. Jedenfalls seien Sie versichert, daß ich Ihnen nicht in böser Absicht die Wahrheit verheimliche, sondern daß ich hoffte, Ihnen einen Schmerz ersparen zu können. — Das wollen Sie, bitte, bedenken, wenn Sie erst alles wissen.“

Luz war noch bleicher geworden.

„Gnädige Frau, ich weiß nicht, was ich Ihnen antworten, weiß nicht, was ich hoffen und fürchten soll. Ich habe ein Gefühl, als würde mir der Boden unter den Füßen fortgezogen. Bitte, sagen Sie mir nur eins: Hat Herr von Solms dochbin bei meiner Braut? Hat sie ihn empfangen, während sie mich abwies lassen wollte?“

Sie sah peinlich bedrückt auf ihre Hände herab.

„Ich kann Ihnen darauf nicht antworten. Sie werden gleich klar sehen, Herr Doktor. Und da Sie dann kann in der Stimmung sein werden, noch mit mir zu sprechen, will ich mich verabschieden. Bitte verzeihen Sie mir, daß ich wider Willen an einer Komödie Ihnen gegenüber teilnehmen mußte; ich bedauere, daß ich's getan habe. Leben Sie wohl!“

Damit verneigte sich Frau von Sacher, und die Luz noch etwas erwidern konnte, schloß sich die Tür hinter ihr.

(Fortsetzung folgt.)



# Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Freitag, den 16. bis Montag, den 19. Januar!

# Vendetta

ein Schauspiel aus den kurischen Bergen in 5 Akten.

In der Hauptrolle Pola Negri.

Dazu der große Lustspielschlager

**Bis früh um fünf!**

Wegen der enormen Länge des Programms wird um pünktliches Erscheinen gebeten.

Sonntag von 2-4 Uhr Jugend- und Familien-Vorstellung.

Mitglieder der Säch. Volkshochschule Ermäßigung.

Um gütigen Zutritt bittet die Besitzerin Anna Bach.

## Rieser Volkshochschulkurse

Ende Januar beginnen folgende Kurse, Arbeitsgemeinschaften usw.:

**Prof. Dr. R. R. R.:** Licht und Farben, 8 Abende mit zahlreichen Experimenten. Photometrie, Spektrum und Spektralanalyse. Lichtbeugung und -brechung. Beginn Freitag, den 30. Januar, Vortragszimmer der Oberrealschule, 5,00 M.

**Dr. Trillmich:** Einführung in die neuere Literatur, 8 Abende. Storm, Keller, Hauptmann, Ibsen. Beginn Montag, den 2. Februar, Oberrealschule, 4,00 M.

**Oberrealschullehrer Wolf:** Einführung in die Buchführung, 14 Abende. Einleitung, Positive und negative Zahlen, Potenzen, Quadratwurzeln, Gleichungen, Graphische Darstellungen. Beginn Dienstag, den 3. Februar, Oberrealschule, 10 M.

**Lehrer Günther:** Die Kunst der freien Rede (Anfängerkurs), 8 Abende. Die Bedeutung der Rede, Der Stoff, Die Gliederung, Das Anknüpfen. Der Vortrag, Übungen im Verteidigen eigener Behauptungen, Wiederlegung fremder Behauptungen. Beginn Sonntagabend, den 7. Februar, Carolaschule. Zur Teilnahme berechtigt sind in erster Linie diejenigen, welche wegen Ueberfüllung des abgelaufenen Kurzes zurücktreten mussten. Neuanmeldung ist nicht erforderlich. Außerdem wird noch eine begrenzte Anzahl Teilnehmerarten verkauft an solche, die sich bisher nicht eingeschrieben haben.

**Lehrer Günther:** Die Kunst der freien Rede II. Praktische Übungen, offen für Rieser und Gröbaer Teilnehmer am letzten Anfängerkursus. Beginn Mittwoch, den 4. Februar, Carolaschule, 8 Abende, 5 M. Teilnehmerarten beim Kursusleiter zu Beginn des Kursums.

Alle Kurse beginnen 7 Uhr abends. Teilnehmerarten in Riesa: Buchhandlungen von Munkelt und Hoffmann, Konsumverein, Gewerkschaftsbau - in Gröba: Konsumverein. Außerdem bei den Kursusleitern zu Beginn der Kurse. Die Preise gelten für Mitglieder des Vereins für Volksbildung oder Mitglieder angeschlossener Vereine. Nichtmitglieder zahlen das Doppelte. Bei Ueberfüllung einzelner Kurse können Nebenkurse nach Gröba verlegt werden.

Neue Kurse in Volkswirtschaftslehre, Buchführung, Betriebslehre beginnen im Februar. Für die Arbeiter des Eisenwerkes finden wegen des Schichtwechsels bef. Kurse statt. Einzeichnungslisten werden im Werk ausgeteilt.

Konzertdirektion H. Schönsfelder, Dresden

Sonntag, 24. Jan., 7 Uhr, Hotel s. Stern  
**Sachende Gesellen**  
Alfred Meyer: Alexander Wierth vom Schauspielhaus Dresden.  
Das diesjährige neue Schlager-Programm.  
In Dresden 4 mal ausverkauft.  
Karten M. 4, 3, 2 in Buchbldg. Hoffmann u. Abendroth.

## Metropol-Lichtspiele

Vöppiger Str. 2, Gasthaus Stadt Freiberg.  
Freitag, den 16., bis Montag, den 19. Januar:  
„Lori & Co.“ Filmspiel in 4 Akten.  
Hauptrolle: Lotte Neumann u. Bruno Kastner.  
„Das Abenteuer einer Sänglerin“  
Detektivdrama in 3 Akten.  
Sonntag von 2 Uhr an:  
Kinder- u. Familienvorstellung.

Bei dem überaus schmerzlichen Verlust meines teuren, unvergesslichen Gatten, braven Sohnes, Schwiegersohnes und lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des Schuhmachers  
**Arthur Wetzel**  
fühlen wir uns gedrungen, allen denen, die uns durch Wort, Schrift, herrlichen Blumenschmuck und ehrenvolles Geleit zur letzten Ruhestätte zu trösten suchten, den herzlichsten Dank auszusprechen. Besonderen Dank noch seinem Herrn Arbeitgeber für die liebevolle Aufopferung. Dies alles war uns ein Trost in unserem tiefen Schmerz. — Dir aber, lieber Arthur, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in Dein allmächtiges Grab nach. **Riesa**, am Begräbnistage.  
Im tiefsten Herzeleid die trauernde Gattin u. Mutter nebst sämtlichen Hinterbliebenen.

Nach langem Krankenlager entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwieger-, Großmutter, Schwester und Tante, Frau  
**Henriette Scheffler**  
geb. Rabla.  
Dies zeigt Schmerzgefühl an Familie Scheffler nebst Angehörigen.  
Seit dem 14. 1. 20.  
Beerdigung findet Sonntagabend nachm. 8 Uhr statt.

## Vereinsnachrichten

**Einheitsverband Kriegsgeschädigter Riesa.** Einige Arbeitsanlässe, 65 Mark.  
**Rieser Sport-Verein.** Freitag, 16. ds., 8 Uhr im „Feldschützen“ Monatsversammlung. (Vergütungen betr.)  
**Nachh. W. Wanderer.** Sonntag 1/4 Uhr Berl. Nachdem mit Frauen gefell. Beisammeln im Vereinslokal.  
**Sportverein Riesa.** Freitag abend 8 Uhr Spielerversammlung im Brauerei-Rest. Erscheine. aller erw.  
**V. C. „Fortuna“ Gröba.** Freitag, den 16. 1., abends 8 Uhr Hauptversammlung im Rest. Bürgergarten. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Entlastung der Vorstandsmitglieder, 3. Neuwahlen, 4. Briefkasten, 5. Freie Aussprache. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

## Allgemeine Ortskrankenkasse Gröba

**Auswahlsitzung**  
am Montag, den 2. Februar 1920, abends 5 Uhr im Gasthaus zum Anker in Gröba.  
Tagesordnung:  
1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1919.  
2. Beschlußfassung betr. Voranschlag 1920.  
3. Satzungsänderungen.  
Für diejenigen Vertreter der Arbeitgeber und Versicherter, die schriftliche Einladung erhalten, werden hierzu eingeladen.  
Ed. Reihig, Vors.

## Bezirksobstbauverein Bodro-Merzdorf

hält Sonntag, d. 18. d. M., nachm. 1/3 Uhr im Gasthof zum Schwan, Merzdorf, seine Hauptversammlung ab. Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Aufnahme neuer Mitglieder, Verschickenes. — Es kann auch Schwefel und Kupfervertrieb mitgenommen werden.  
Reider, Vors.

## Freie Vereinigung ehem. 103er.

Die Vereinigung ladet nochmals die geehrten Mitglieder nebst Angehörigen zu dem am Sonntagabend, den 17. 1., im „Kronprinz“ stattfindenden  
**Kränzchen**  
ein. Anfang 8 Uhr. Der Festausschuss.

## Religiöse Vorträge

von **Herrn Pastor Samuel Keller** aus Freiburg i. Br.  
Thema: —  
Sonntag, 18. Januar, vormittags 9 Uhr: Predigt. (Trinitatiskirche.)  
Nachmittags 4 Uhr: Ost Gott diesen Krieg verloren? (Gemeinschafts-Saal, Friedrich-August-Str. 9.)  
Abends 8 Uhr: Was macht man mit dem Gewissen? (Trinitatiskirche.)  
Montag, 19. Januar, nachmittags 4 Uhr: Eine Dardichtung des Christus. (Gemeinschafts-Saal, Friedrich-August-Str. 9.)  
Abends 8 Uhr: Das Geheimnis des Kreuzes Christi. (Hotel Höpfer.)  
Dienstag, 20. Januar, nachmittags 4 Uhr: Der Verkehr mit den Verstorbenen. (Gemeinschafts-Saal, Friedrich-August-Str. 9.)  
Abends 8 Uhr: Mein Testament. (Hotel Höpfer.)  
Landeskirchliche Gemeinschaft Riesa.  
Eintritt frei! Jedermann herzlich eingeladen!

## Konditorei u. Café Grube

Kaiser-Wilhelm-Platz 2 — Fernruf 549  
Morgen Freitag, den 16. Januar

## Extra-Künstler-Konzert

Duett: Sieler-Weise. **Otto Grube.**  
Anfang 7 Uhr.

## Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.  
Ab Freitag bis Montag:  
**Das Werkzeug des Casimo.**  
Spannendes Drama in 4 Akten.  
Oella Noja-Film.  
Dazu ein reizendes Musikpiel.  
Heute läuft noch der **Min Nob-Film.**  
Ein Lichtstraal im Dunkeln.  
— Mitglieder der Sächsischen Volkshochschule Ermäßigung. —

## Geschäftsübernahme und -Verlegung.

Germit meiner werten Kundschaft zur gest. Kenntn., daß ich am heutigen Tage von Herrn Kurt Göhle, Chemische Industrie „Montanin“, Dresden, die Fabrikate mit allen Fabrikationsrechten und Warenzeichen käuflich erworben und, mit meinem Verlangsgesicht vereinigt

von Langenberg nach Zeithain verlegt habe.

Für das mir in der kurzen Zeit entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, mir daselbe auch fernerhin zu bewahren und mein neues Unternehmen freundlichst zu unterstützen. Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine werte Kundschaft stets nur reell und mit guten Waren zu bedienen.

Mit größter Hochachtung

## Paul Obenaus

Chem. Industrie „Montanin“ Zeithain  
Fabrikation — Chem. techn. Produkte — Versand.  
Empfehle: La Bohnerwachs, Saalfruchtwachs, Saalfruchtöl, Maschinenöl, Federfett, Oelwachsdruckerei, Ser. Reizen usw. zu billigsten Tagespreisen.

## Achtung! Ausschneiden!

Ortstag, Gröba des V. L. B.  
Wir machen uns, I. Mitgl. auf die Vorträge des Herrn P. Samuel Keller aus Freiburg i. Br. aufmerksam; ein jedes müßte ihn hören. Am Sonntag, d. 18. Jan., vorm. 9 Uhr Predigt i. Trinitatiskirche in Riesa, nachm. 4 Uhr Friedr.-August-Str. 9. Montag, d. 19., nachm. 4 Uhr ebenda, abends 8 Uhr im Hotel Höpfer, Dienstag, d. 20., nachm. 4 Uhr Friedr.-August-Str. 9, abends 8 Uhr im Hotel Höpfer. Ein jedes sichere sich eine Stunde vor Beginn einen Platz.

## Cigaretten

rein orient. Ware ohne M.	pro 1000 Stk. 280,—
rein orient. " ohne Gold u. Fort. M.	pro 1000 Stk. 250,—
reine gelbe " " Mundst.	pro 1000 Stk. 200,—
reine " " " "	pro 1000 Stk. 170,—
reine Uebersee " " "	pro 1000 Stk. 150,—
alles F. Band. ohne Preisdruck liefert per Radnahme ab Leipzig Curt Brand, Weitzing, Grunmahlische Steinweg 20, Fernsprecher 3720, Großhandel in Tabakfabrikaten.	pro 1000 Stk. 130,—

## Todesfallhalber

findet mein  
**Verkauf**  
nur Freitag

statt.  
**Otto Vamm,**  
Fleischermelker, Vöppig.  
**Freibank Riesa.**  
Freitag, den 16. Januar,  
8-9 Uhr Verkauf von Kalb-  
fleisch zum Preise von 2 M.  
an Elbterrasse 71-100.

## Zigaretten,

deutsche, engl.,  
Zigarren, Tabake  
zu Tagespreisen, auch an  
Wiederverkäufer, Ostwirts,  
verkauft Bismarckstr. 11, 3.  
Sämtliche Mitglieder  
des letzten

## Separatkursus

werden gebeten, sich Freitag  
abends 7 Uhr im Vereins-  
zimmer Weitzer Hof ein-  
zufinden.

## Waler-Zinnung.

Versammlung  
morgen Freitag, d. 16. 1. 20,  
abends 8 Uhr.  
Joh. Gond.

## F. R.

Freitag, den 16. Januar,  
abends 8 Uhr findet unsere  
**Hauptversammlung**  
im Schlachthof statt.  
Anträge hierzu sind vorher  
schriftlich einzureichen. Gebien  
ohne genügende Entschuldig-  
ung wird bestraft.  
Tagesordnung:  
Jahresbericht.  
Kassenbericht.  
Neuwahlen.  
Anträge.  
Aufnahme neuer Mit-  
glieder.  
Verschiedenes. D. C.  
Die heutige Nr. umfaßt  
8 Seiten.

## Nationalversammlung.

Die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes wird fortgesetzt.

### Reichstagspräsident

Auf die Tagesordnung dieses Hauses, die sich mit einem für die Angehörigen und Arbeiter besonders wichtigen Gesetze zu befassen hat, ist ein schändlicher Angriff erfolgt, wie er bisher noch nicht in der parlamentarischen Geschichte zu verzeichnen war. Den traurigen Mut zu diesem Angriff hat die U. S. D. bezeugt. (Lärm bei den Unabh. Anst. Verleumdung!) Sie hatte noch längst den Antiparlamentarismus theoretisch abgelehnt. Besser hat sie ihn praktisch bekämpft. (Sehr richtig!) Sie hat das Parlament belagern lassen, weil ein Beschluß gefaßt werden sollte, der ihr nicht paßte, zum zweiten Male wurde ein Parlament, hervorgegangen aus dem freiesten Wahlrecht, unter die Diktatur der Straße gestellt. (Sehr richtig!) Diese Schande verdammt die deutsche Republik nur der U. S. D. (Großer Lärm bei den Unabh.) Auf die unabhängigen Sozialdemokraten fällt das Blut der armen Verführten und Verführten. (Großer Lärm bei den U. S. D.) Sie werden das Kalnschwein dieser Hühnerschub nicht abwaschen können. (Anhaltender Lärm bei den U. S. D.) Die „Freiheit“ empfahl in einem Aufrufe, vor dem Hause in Massen zu demonstrieren. Die Verführten haben sich aber weislich im Hintergrund gehalten. Sie wußten ja im Voraus, daß Zusammenkünfte unvermeidlich waren. Die Sicherheitswehr hat sich auf den Heuboden zurückgezogen. Erst in der äußersten Not hat sie den Waffengebrauch gemacht. (Widerpruch bei den U. S. D.) Das werden zahlreiche Mitglieder des Hauses und zahlreiche Journalisten bestätigen. Im Namen aller, denen der Bruderkrieg das schändlichste der Schrecken ist, spreche ich der Sicherheitswehr Dank und volle Anerkennung aus. (Großer Beifall bei der Mehrzahl.) Geschehen, mit Säbeln getreten, lebensgefährlich bedroht und mit den eigenen Waffen getötet wurden Beamte der Sicherheitswehr. Sie waren ja nur eine Handvoll gegen die ankommenden Massen. Es wurde spät, fast zu spät, um den Waffengebrauch gemacht. Es haben sich auch Frauen gemeldet, die behaupten, gesehen zu haben, daß von Seiten der unabhängigen Partei durch Überwachern das Haus zum Sturm auf das Haus gegeben wurde. (Lärm bei den U. S. D., fortwährende Rufe: Verleumdung!) Alle, die hier im Hause sind, werden die tapieren Sicherheitswehr ihr Leben. (Sehr richtig!) Wäre der Sturm geblieben, so hätten Sie eine Bartholomäusnacht erlebt. (Sehr richtig!) Zwei Tote hat die Sicherheitswehr zu beklagen. Auf der Gegenseite sind 20 Tote und 50 bis 60 Verwundete. Wie gedanken ihrer auch mit diesem Bedauern darüber, daß sie, nicht die Verführer, geblieben wurden. Wir hoffen, daß sie nicht umsonst gefallen sind, daß die deutsche Arbeiterklasse endlich den Abgrund erkennt, in den sie und das ganze Volk neugierig werden sollen. Jetzt wird hoffentlich die Gemeinwohlbedenklichkeit der Partei, der Diktatur des Proletariats dem Volke klar sein. (Lärm bei den U. S. D.) Jetzt stehen wir vor Augen der Unabhängigen und Kommunisten, die unter ganzem Wirtschaftslieben bedrohen. Welche Konferenzen haben stattgefunden. Das Wort „Die Eisenbahnen haben die Hand an der Kurve des Staates“ kommt aus unabhängigen Munde. Es ist verwerflich, die Not des Volkes in dieser demagogischen Weise auszunutzen. (Sehr richtig!) Sie wollen den Kampf allein gegen alle, und aus den Trümmern des Reiches die kommunistische Reichswehr errichten. Die Gemeinwohlbedenklichkeit der Nation ist in ihrem Leben bedroht durch die verwerfliche Agitation. Wir werden mit den stärksten Mitteln dagegen vorgehen, und wir sind sicher, die ganze öffentliche Meinung hinter uns zu haben. Die Leute, die unter Volk in den Hintergrund schieben wollen, werden hinter Schlag und Hieb. Wir werden alles tun, um das Volk vor dem Abgrund zu bewahren. (Sehr richtig!) (Lärm bei den U. S. D.)

Verleumdung: (Lärm bei den U. S. D.) verwendet unter fortwährender Lärm der Unabhängigen die neu gestrichenen Begriffe über die Ausnahmeverordnungen.

Präsident Heubach erklärt: Ich halte es für angebracht, im Interesse einer ruhigen Verhandlung jetzt einen unabhängigen Sozialdemokraten das Wort zur Ermiderung zu geben. (Widerpruch rechts.) Das Haus stimmt diesem Vorschlag zu.

### Abg. Geule (Unabh. Soz.)

Der Herr Reichstagspräsident hat sich bemüht, die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen des gestrigen Tages meiner Partei zuzuschreiben. Meiner Partei wird das Urteil der Geschichte mehr wert sein als solche Erklärungen. Das Urteil der Geschichte wird ergeben, daß alles das, was der Herr Reichstagspräsident an Beschuldigungen meiner Partei vorgetragen hat, zurückzuführen ist eines Teiles auf falsche Information des Reichstagspräsidenten, zum anderen auf seine Voreingenommenheit gegen meine Partei. (Sehr wahr!) bei den Unabh.) Wir erheben andererseits mit allem Nachdruck auf neue heute die Forderung nach dem Recht solcher Demonstrationen. Es ist auf enge Verbundenheit mit allen demokratischen Rechten. (Sehr richtig!) bei den Unabh. Zur Zeit bei der Deutschen Volkspartei.) Die Herren von der Deutschen Volkspartei sollten recht ruhig sein. Sie haben doch Beifall geäußert bei den Hindenburg-Demonstrationen (Sehr wahr!) bei den Unabh.) Aber wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. (Sehr richtig!) Die gestrigen Vorgänge werden nicht dazu beitragen, die Arbeitermassen zu der Partei der Rechtssozialisten zu bringen oder sie dabei zu halten. Die Regierung braucht Mittel, mit denen auch ein Geizhals regieren kann, wie ein großer Staatsmann gesagt hat. Die große Masse der Klassenbewußten Arbeiter weiß jetzt, was sie von der Koalitionsregierung zu halten hat. Wenn der Reichstagspräsident meiner Partei die Schuld an den Vorgängen beibringt, so ist das eine ganz blöde Auffassung. Diejenigen, die die Maschinengewehre in Bereitschaft gesetzt haben, tragen die Schuld. (Lärm bei den Unabh.) Von der Blutschuld wird die Regierung durch solche Erklärungen nicht freigesprochen. In England begegnet man solchen Demonstrationen nicht mit Maschinengewehren. Wir aber beweisen, daß der neue Militarismus den Geist des alten atmet. Hätte man den Reichstag nicht in eine Festung verwandelt, so wäre gar nichts passiert. (Gelächter.) 1910 bei den großen Demonstrationen aus Anlaß der Wahlrechtskämpfe hat man nicht geschossen. Kwiselios wäre der Nationalversammlung nichts geschossen. Keinem Menschen wäre ein Haar gekrümmt. Jeder Beweis fehlt, daß solche Demonstrationen irgendeinem an Leben gehen konnten. Die große Masse der Arbeiter hat sich munterhalten. (Lärm bei den Unabh.) Der Reichstagspräsident hat die Demonstrationen mit der Frage der Kriegsgefangenen in Zusammenhang gebracht. Das ist Demagogie. Wir haben auf die Auslieferung der Gefangenen gedrungen, aber die Partei des Herrn Bauer hat sehr lange Ueberlegungen angestellt. Wenn die Kriegsgefangenen bis heute nicht zurückgeführt sind, hat die Regierung die Schuld daran. (Widerstand.) (Lärm bei den Unabh.) Die Behauptung, daß meine Partei die Schuld trage, ist ein Blödsinn.

### Preussischer Minister des Innern Heine:

Es ist nicht nur mein Recht, sondern auch meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten ungehindert das Haus betreten können. Die Sicherheitsbeamten haben mit großer Geduld ihres Amtes gewaltet. (Sehr richtig!) Sie hatten den Auftrag, von der Waffe nicht eher Gebrauch zu machen, als bis das Haus selbst in Gefahr komme. Die Maschinengewehre waren nicht sichtbar aufgestellt, um jeden Vorwurf der Provokation zu vermeiden. Der erste Schuß fiel von außen und verwundete einen Soldaten. Mit dem Märdchen des zufälligen Losgeratens Gewehres kommen Sie uns nicht. Man hat gesehen, daß von der Rampe gewirft wurde. Die Massen wurden aufgereizt von den Abg. Zuehl und Frau Heg. (Lärm bei den U. S. D.; Verleumdung!) (Frau Heg ruft: Das Reichstagshaus gehört dem Volke, nicht der Sicherheitspolizei.) Minister Heine fährt fort: Der Bericht der „Freiheit“ selbst, der schon gedruckt war, als heute das Blatt verboten wurde, bestätigt, daß die Soldaten von der Menge zurückgedrängt wurden, die ihnen Gewehre und Handgranaten abnahm. Wir bedauern die Opfer, die Sie auf dem Gewissen haben. (Lärm bei den U. S. D.)

### Abg. Geule (U. Soz.)

erhält unter lebhaftem Widerspruch der Rechten abermals das Wort und führt aus, daß Minister Heine die ganze Sache gemacht habe, um die Zwangsmaßnahmen gegen das Volk zu begründen. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, wir hätten den Tumult angezettelt.

Abg. Seuber (Sozdem.) bittet, dem Betriebsrätegesetz eine solche Fassung zu geben, die dem Arbeiter eine neue Stellung in unserem Wirtschaftsleben einräumt. Die Unabhängigen hätten mit ihren Stimmen die Annahme mancher Anträge verhindern können, aber sie haben bei den meisten Sitzungen, selbst keine Anträge, ja brachten sogar Verbesserungsanträge von uns durch Stimmhaltung zu Falle.

Abg. Schwarzer (Zentr.): Das Betriebsrätegesetz wäre auch gekommen, wenn wir keine Revolution gehabt hätten. Auch auf die Landwirtschaft müßte das Betriebsrätegesetz Anwendung finden. Bedenken habe ich gegen das Wahlalter von 18 Jahren, weil es auch politische Rückschlüsse geben kann.

Abg. Weinhausen (Dem.): Die Agitation gegen das Betriebsrätegesetz geht über alles Maß hinaus. Die großen Vermögensbesitzer der Arbeiternehmer werden vielfach erschrecken. Es wird Zeit, daß das Gesetz per se verabschiedet wird, damit ein Schutz gegen die wilden Betriebsräte vorhanden ist. Die Regierung hat ihr Versprechen, noch vor Weihnachten ein Gesetz über die obligatorischen Schlichtungsgerichte einzubringen, nicht erfüllt. Wir erwarten, daß es spätestens in der Februartagung kommt.

Abg. Schiele (Deutschf.): Es hätte vollkommen genügt, sich auf die weitere Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse und die Einführung von Arbeitsgemeinschaften zu beschränken. Die letzte Vorlage hat ein politisches Gesicht. Sie wird die Vollstreckung der Verträge im Sinne der Kommunisten zur Folge haben. Die Zeitungsbetriebe müßten unbedingt von dem Wirkungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen werden. Sonst wäre die Unabhängigkeit der Presse aufs äußerste gefährdet.

Rechtsminister Schiele: Das Gesetz über die obligatorischen Schlichtungsgerichte konnte nicht vorgelegt werden, weil Erfahrungen berücksichtigt werden müssen. Meine Hoffnung, die Vorlage vor Weihnachten einzubringen, hat sich ebensowenig verwirklicht, wie die Hoffnung dieses Hauses, das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten zu erledigen. Die Vorlage über die Bildung des Reichswirtschaftsrates erfordert volle drei Monate, ehe sie an den Reichstag kam, infolge der Zerplitterung der Arbeitgeberverbände, die die Bearbeitung der Vorlage sehr erschwerte. Das die Arbeiterausschüsse kein Ersatz für die Betriebsräte sein können, beweisen die vielen Mängel, denen die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dauernd ausgesetzt sind. Das Wirtschaftsleben kann nur gehoben werden durch Arbeitsgemeinschaften. Diese Vorlage ist der erste Schritt dazu.

Abg. Vögeler (Deutsche Sp.): Das Gesetz ist durch die politische Agitation hervorgerufen. Wir müssen damit rechnen, daß 80% des Kohlenbedarfs in Zukunft ungedeckt bleiben (Lärm bei den Unabh.). Wo soll die Wiederanrichtung unseres Wirtschaftslebens herkommen?

Abg. Weber (U. Soz.): Der Rechten sei nur daran gelegen, daß das Gesetz im Reichswirtschaftsrat noch mehr verwickelt werde. Die Regierung habe Verwirrung über den Märdchen in den Reihen der Arbeiter erregt, um auf diese Weise die Arbeiterkraft irre zu leiten. Das Betriebsrätegesetz habe mit den Betriebsräten in sozialistischem Sinne als Grundlage einer antikapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts gemein. Die Rechtssozialisten sind nur die Strohmannen der Reaktion.

Abg. Wandorfer (Bav. Bauernbund): Das Gesetz ist für mich unannehmbar, weil es für die bayerischen ländlichen Verhältnisse nicht paßt. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen zwischen den Unabhängigen und Minister Heine. Sie drehen sich um die Vorgänge am Dienstag.

## Ruhe in Berlin.

mit. Berlin, 14. Januar. In Berlin herrscht heute überall Ruhe. Die Arbeiter sind fast ausnahmslos an den Arbeitstischen erschienen. Zu Zusammenkünften ist es nirgends gekommen. Umfangreiche Abherrumnahmen.

mit. Berlin, 14. Januar. Wegen der Vorgänge am Dienstag waren heute die Absperremaßnahmen am Reichstage besonders streng. Alle 5 Portale sind mit Maschinengewehren besetzt. In der Sommerstraße wurde ein großer Haufen aufgeschichtet mit der Aufschrift: „Wer weiter geht, wird erschossen“. Die Wilhelmstraße ist durch Drahtverhänge abgesperrt.

## 42 Tote und 105 Verletzte.

mit. Berlin, 14. Januar. Bei den gestrigen Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind, wie jetzt endgültig festgestellt wurde, 42 Tote und 105 Verletzte gezählt worden. Von den Toten befinden sich 21 im Schaubause, die übrigen in verschiedenen Krankenhäusern.

## Der dreizehnte Januar.

mit. Berlin, 14. Januar. Zu den blutigen Tagen der Berliner Revolutionsgeschichte hat sich ein neuer gestellt: der dreizehnte Januar 1920 — dieser Tag, an dem eine nach Tausenden zählende Menge die Sicherheitswehren des Reichstagsgebäudes, worin die Nationalversammlung das Betriebsrätegesetz beriet, solange bedrängte, bis schließlich der Befehl zum Feuer gegeben werden mußte.

„Ganz friedlich“ hatte es gegen Mittag begonnen. Aber war bald zu erkennen, daß die Menge der Demonstranten, die sich an verschiedenen Punkten Berlins zu unruhigen Demonstrationen zusammenschloß, organisiert war und gewissermaßen nach einem Schlachtplan handelte. Gegen 1 Uhr mittags begann dann der Vormarsch der Menge in Richtung Königsplatz. Das Bild der künftigen Welt hat der Reichstagspräsident zur Kenntnis im Laufe der letzten fünfzehn Monate kennen gelernt. Den Augen voran meißt der oder die Fahnenträger mit ihren roten Fahnen. Nicht minder zahlreich sind die Säbelle mit Säbeln, die sich an die Stimmung der Menge wenden. Die Eisenbahner protestieren gegen das Betriebsrätegesetz, wir lassen uns nicht zu Arbeitern zweiter Klasse degradieren“, und ähnlich.

Wer sich die Zusammenfassung der Demonstrationen ansehen will, muß zugeben, daß nur ein geringer Bestandteil von ihnen sich aus jenen fanatischen Elementen zusammensetzt, die wirklich um der Idee willen zu Werke gehen. Solche Socken sieht man nicht als plaudernde Fabrikanten im Zuge, denen offenbar jedes Verständnis für die Ziele ihrer Demonstration abgeht.

Natürlich fehlt es nicht an heiteren Zwischenfällen. Die Lüge, die vom Norden und von Moskau kommen und in der Nähe des Reichstagsgebäudes über die Erde rollen, haben meist der Flugschütze ein Opfer in Gestalt von zahlreichen Hüten zu sollen, das ihr ein jäher Windstoß in die Arme wirft. Ich sah einen Jua, dessen „Behütung“ geradezu bezimert wurde. Vielleicht wurde dieser Wind dadurch für so manchen, der sich doch nicht barhäutig der stundenlangen Demonstration anschließen wollte, zum Lebensretter.

Immer schwärzer und schwärzer wurde es auf dem Königsplatz. Das Gewimmel der wohl an die amnestierten tausend Köpfe zählenden Volksmenge wurde von Minute zu Minute unruhiger: es mochte dies mit dem immer näher rückenden Zeitpunkt des Verhandlungsbeginns im Reichstagsgebäude, der auf 3 1/2 Uhr festgesetzt war, zusammenhängen.

Das äußere Bild des Reichstagsgebäudes war anfänglich friedlich gewesen. Hier und da ein kleiner Sicherheitsapparat, sonst nichts, was an den Ernst der Stunde erinnerte. Aber dann in der vierten Stunde setzte der Ort der Massen ein. Immer bedrohlicher erhoben sich die von hinten gedrückten Vorderreihen der Demonstranten gegen das Gebäude und damit auch die Sicherheitswehren vor — als plötzlich der Zusammenstoß unvermeidlich war. Aus der Menge waren die ersten Schiffe gefallen, eine Angel daran hatte einen Wachsturner am Kopfe verletzt. Noch eine Warnung an die Menge, dann mußte gebandelt werden, wollte man nicht das Reichstagsgebäude der Gefahr einer Ueberwältigung aussetzen. Und da ging es los, dieses unheimliche Taktat der Maschinenengewehre, das mich nun leider so oft in Berlin vernommen haben. Die Arbeiter blieben auf dem Platz vor dem Reichstagsgebäude auf, das die Menge nunmehr in panischer Flucht verließ.

Natürlich verbreitete sich das Gerücht von dem Verbrechen auf dem Königsplatz mit Windeseile über Berlin. Aber auf Mitgefühl trafen die Opfer fast nirgends, und die Agitatoren der Unabhängigen, die sofort wieder eilig an der Arbeit waren, fanden durchaus nicht immer den erhofften Widerhall ihrer Worte. Sinsu kam, daß die mächtig herabstürzende Nacht die Geister beruhigte.

Aber was werden die nächsten Tage der Reichshauptstadt bringen? — Das ist die bange Frage, die sich heute jeder Reichshauptstädter vorlegt, heute, an einem Tage, wo wieder der Ausnahmezustand über Berlin und die benachbarten Gebiete des Reiches verhängt worden ist. Augenscheinlich ist es zwar ruhig in der Reichshauptstadt, aber immer hat es doch den Anschein, als ob diese Ruhe eine Ruhe vor dem Sturm ist. Warten wir ab, was uns die nächsten Tage bringen wird.

## Ein Aufruf der Rechtssozialisten.

mit. Berlin, 14. Januar.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtet im „Vorwärts“ einen Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, der zunächst schildert, wie am Dienstag verdrängte Elemente einen Angriff auf die Mannschaften der Sicherheitspolizei machten und die Ueberwältigung der unabhängigen und kommunistischen Trübsünder triffen eine fürchterlich schwere Mitschuld, da sie grüßten hatten, daß die Demonstration vor dem Gebäude der Nationalversammlung ein gemeinliches Spiel mit Menschenleben sei. Der Aufruf appelliert an das Rechtsgefühl der Arbeiter und fragt: „Ist es recht, wenn Abgeordnete auf dem Wege zur Sitzung angehalten und bedrängt werden, wenn die Volkspartei unter den Druck des Terrors gestellt wird, wenn Organe der republikanischen Staatsgewalt beschlagnahmt, mißhandelt werden?“ Schließlich werden die Arbeiter aufgefordert, sich nicht durch erlogene Darstellungen in neue Torheiten hineinzuverleiten zu lassen.

tu. Berlin, 14. Januar.

In der gestrigen Funktionsitzung der mehrheitssozialistischen Arbeiter und Angestellten wurde eine Entschließung angenommen, in der die Todesopfer bedauert werden und die Verantwortung für die bedauerlichen Zwischenfälle den Unabhängigen und Kommunisten zugeschrieben wird. Wichtigkeit wird betont, daß der von der Regierung verhängte Ausnahmezustand unter diesen Umständen eine Notwendigkeit gewesen sei.

## Neue Verordnung Köstl.

tu. Berlin, 14. Januar.

Eine neue Verordnung des Oberbefehlshabers Köstl verbietet folgendes: Jede wirtschaftliche Bedrohung und Schädigung (Bolschewismus) der Angehörigen der Einwohnerwehren, der Reichswehr und der technischen Reichshilfe, sowie ihrer Familienmitglieder oder die Auslieferung oder Anzeigung hierzu. Außerdem ist eine Verordnung erlassen, die das Verbot von Zeitungen und Zeitungsblättern und den Druck und Verkauf von Flugzetteln verbietet. Eine andere Verordnung befiehlt sich mit An- und Verkauf von Schußwaffen, Munition und Sprengmitteln.

Der folgende Verbot ergangen: Die für Donnerstag, den 15. Januar von den Parteien der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunisten, einkommunistischen öffentlichen Versammlungen und sogenannten Gewerkschaften werden verboten. Das Oberkommando des Reiches.

Sum Verbot der „Freiheit“. Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, wurde, wie schon berichtet, militärisch besetzt und die Drucklegung der Morgennummer verhindert. Es waren zur Zeit des militärischen Einmarsches nur die beiden Umschlagblätter

in der Nacht. Die Vorderseite enthält einen über die ganze Breite gehenden Aufsatz an die Arbeiter, des folgenden Wortlaut hat:

„Arbeiter Berlin! Der herrschende Militarismus hat wieder seine wahre Natur gezeigt. 93 Tote und 180 Verwundete sind die Antwort der Regierung auf die friedlichen Demonstrationen der Berliner Arbeiter. Arbeiter Berlin! Eure kampfgelähmte Stimmung bürgt dafür, daß Ihr zu gegebener Zeit die richtige Antwort auf diese Untat geben werdet. Bleibt in den Betrieben, um zu den vorgängigen Stellung zu nehmen. Laßt Euch nicht provozieren. Folgt Euren Führern und den Weisungen der Organisation.“

Der nicht vollendete Beiratsartikel behandelt kritisch die letzten Vorgänge.

#### Die vernichteten Sicherheitsbeamten.

zu. Berlin, 14. Januar.  
Während der eine der beiden vernichteten Sicherheitsbeamten den Tod gefunden hat, ist der andere, der Unterwachstmeister Weg von der Gruppe SSB mit dem Leben davon gekommen. Der Beamte wurde an der Freitreppe des Reichstages von halbwillkürlichen Burken, die Matrosenuniform trugen und einem Mann, der ein Ausländer zu sein schien, entwisst und fortgeschleppt. Die Burken bedeckten die Polizisten mit Dolchen und erschärten ihm, daß sie ihn niederstrecken würden, wenn er zu fliehen versuchte. Weg wurde nach Moabit in einen Keller verschleppt, wo man den Beamten buchstäblich bis auf letzte Gasfönderte und dann, sehr notdürftig bekleidet, nachts laufen ließ.

#### Verhaftung von Führern der Bewegung.

zu. Berlin, 14. Januar.  
Als Folge der Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind bisher 16 Verhaftungen von Leuten vorgenommen worden, die einwandfrei als Mitglieder der Bewegung erkannt worden sind. Weitere Verhaftungen dürften bevorstehen, sobald die Untersuchung der Vorgänge, die vom sozialistischen Minister des Innern, Heine, mit Staatsanwalt Humbrecht, vorgenommen wird, ergeben hat, welche Personen an der Auspflanzung der Menge noch beteiligt waren.

#### Die Verdringung der Demonstrationsopter.

Nach den bisherigen Erfahrungen bei der Bestattung der in Straßensämpfen umgekommenen Opfer durfte ohne weiteres angenommen werden, daß sich Unabhängige und Kommunisten auch diesmal die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, die Verdringung der Opfer des 13. Januar zu einer politischen Demonstration großen Stils auszuhalten und gleichzeitig bei diesem Anlaß für ihre politischen Zwecke Klänge zu machen. Dem ist aber, wie von zutändiger Seite mitgeteilt wird, von vornherein vorgebeugt worden. Die Regierung wird mit allen Mitteln dafür Sorge tragen, daß eine demonstrative Verdringung unterbleibt und der Schlusssatz der furchtbaren Tragödie wie dem Reichstag nicht neuen Handstich in die Bevölkerung trägt.

#### Streik der sächs. Eisenbahnwerkstättenarbeiter.

zu. Leipzig, 14. Januar.  
Wie an zutändiger Stelle der Generaldirektion der sächs. Staatsbahn mitgeteilt wird, sind die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten Engelsdorf bei Leipzig und Jena heute morgen in den Streik getreten. Sie beabsichtigen solange im Ausstand zu verharren, bis ihre Forderungen, sofortige 75 prozentige Lohnsteigerung, Weiterverhandlung über den eingereichten Tarifentwurf, der eine 100 prozentige Erhöhung vorsieht, Bezahlung der Streiktage und die Wiedereinstellung aller Streikenden bewilligt sind. — Wie zuverlässig verlautet, soll versucht werden, die Arbeiter auf Grund der gestrigen Regierungserklärung, wonach die Löhne um 50 Prozent mit Rückwirkung vom 1. Januar bis zur tariflichen Neuregelung erhöht werden sollen und sich Sachsen Preußen anschließen wird, wenn dieses in der Erhöhung weitergeht, wieder zur Aufnahme zur Arbeit zu bewegen.

#### Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Engelsdorf bei Leipzig sind in einer Stärke von etwa 2000 Mann in den Streik getreten.

Die Verhandlungen mit der Regierung werden jedoch weiter geführt, sobald unter Umständen eine unermutet rasche Beilegung des Streites erfolgen kann. Die Werkstättenarbeiter des Leipziger Hauptbahnhofes haben sich dem Streik zur Zeit noch nicht angeschlossen. Die Beamten des Innen- und Außenendienstes streiken dem Streik überhaupt fern. Die Stadt selbst ist unverändert ruhig, die militärische Befehls bleibt aufrecht erhalten. Dienstagabend fand eine Rast auf dem Leipziger Hauptbahnhof durch eine Kompanie des Freiwilligenregimentes statt, dabei wurden 50 Personen ohne Ausweis getroffen, die vorläufig festgenommen wurden. Auf dem Polizeiamte wurde festgestellt, daß sich darunter einige Schieber, Zuhälter, sowie mehrere von der Polizei lange gesuchte Verbrecher befanden. Die übrigen festgenommenen Personen wurden nach erfolgter Ramensfeststellung wieder entlassen.

#### Der Leipziger Generalstreikplan.

Ueber den Plan der Leipziger Unabhängigen einen Generalstreik zu entfachen und je nach seinem Erfolg die Eroberung der Macht in der Stadt zu versuchen, weiß der Leipziger Bürgerausschuss folgendes zu berichten: Seit der Generalstreik im letzten Frühjahr gescheitert ist, haben unruhige Elemente nicht abgelassen, einen neuen Kampf vorzubereiten. Je weniger Hoffnung auf Erfolg sich zeigte, umso leidenschaftlicher wurde von den erbittertesten Elementen das Losschlagen um jeden Preis verlangt. Die erneute Lebensmittelsteuerung und die bevorstehende Verabschiedung des Betriebsratsgesetzes, der Ausstand der Eisenbahner in Westdeutschland schienen endlich eine günstige Lage zum Losschlagen zu bieten. Am Dienstag, den 13. Januar, sollte für Leipzig der Generalstreik verkündigt und je nach seinem Erfolg die Eroberung in der Stadt versucht werden. Wiederholt sind in den letzten Monaten Gerüchte von bevorstehenden Aufständen in der Stadt verbreitet worden; sie brauchen niemals so ernst genommen zu werden, daß wir die Einwohnererschaft hätten zur Abwehr aufrufen müssen. Diesmal haben wir vor einem fertigen Plan, dessen Ausführung erfolgen soll, wenn die Arbeitererschaft sich mitziehen und wenn die übrige Einwohnererschaft sich überraschen lassen wird. Wir stellen fest, daß wir über alle Verhandlungen der kommunistischen Unabhängigen seit Monaten fortlaufend unterrichtet sind. Die „Volkszeitung“ hat selbst am 10. Januar ausgegeben, daß die Arbeitererschaft alles tun muß, um die Verbesserung des Betriebsratsgesetzes in der Nationalversammlung zu erzwingen, daß sie dabei unter Umständen auch zu außerparlamentarischen Mitteln greifen muß. Während der Nacht vom Freitag auf Samstag haben die Funktionäre der Unabhängigen bis in die sechste Morgenstunde im Volkshaus über die bevorstehende Aktion verhandelt; aus gewissen Gründen konnte ein Beschluß nicht gefaßt werden. Wir stellen fest, daß Dr. Curt Geper und Paul Wötcher die Anstifter und Führer des beabsichtigten Unternehmens sind und daß sie die Anwendung von Gewalt als das einzig wirksame Mittel zur Erreichung der Diktatur des Proletariats ansehen. Der Bürgerausschuss erklärt schließend, daß die Vorbereitungen zur Abwehr von der Regierung getroffen seien.

#### Die Forderungen der sächsischen Bergarbeiter.

Bekanntlich haben die Bergarbeiter des Sagan-Oberlausitzer Kohlenreviers den Tarifverträgen gekündigt und dem Arbeit-

ministerium neue Forderungen in Gestalt eines Memorandums unterbreitet. Dieses ist, nachdem es verlängert worden war, am Dienstag abgelaufen. Wie wir zuverlässig erfahren, ist die Regierung nicht darauf eingegangen und der Bergarbeiterverband in Sachsen hat neue Lohnforderungen ausgearbeitet, die hinter den Forderungen der kommunistischen Gruppe, der Gruppe Sagan-Oberlausitz, erheblich zurückbleiben. Insbesondere wird vom Bergarbeiterverband keine sechsstündige Arbeitszeit gefordert und es bleibt die Frage der Koffordarbeit unberührt.

#### Der Eisenbahnerstreik in Preußen.

zu. Berlin, 14. Januar.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat gestern folgende Weisung an alle Eisenbahndirektionen gegeben:

Die letzten Ereignisse lassen keinen Zweifel mehr, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden politischen Bewegung zum Sturz der Regierung ist, die von langer Hand von den Kommunisten und Sozialisten vorbereitet ist. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffe unbedingt notwendig. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen sich gegenseitig bei der Ausübung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere der Nebenarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Alle Anordnungen zu diesem Zweck sind ohne jeden Zeitverlust an Beamten und Dienststellen zu erteilen. Die Amtsvorstände und Dienststellenleiter haben sich persönlich für die glatte Durchführung dieser Anordnungen einzusetzen. Die Beamtenverbände haben ihre Mitglieder in gleichem Sinne aufzurufen, um die staatliche Ordnung und die Lebensmittelförderung aufrecht zu erhalten. Es darf nicht geduldet werden, daß ungezügelter Elemente das Betriebswesen zerstören und dadurch namenloses Elend über die breitesten Volksmassen bringen.

#### Die Lage im Industriegebiet hat sich gegen gestern wesentlich gebessert.

Nachdem die Führung der drei Eisenbahnergewerkschaften die Leitung des Streiks niedergelegt und die Verantwortung für die Folgen weiterer Streiks abgelegt hatte, machte sich zum größten Teil infolge der energischen Maßnahmen der Regierung die Lage zur Wiederaufnahme der Arbeit allenthalben bemerkbar. In den meista meisten Bahnhöfen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Essen ist die Arbeit infolge dessen wieder aufgenommen worden. Im Ausstand verharren zur Zeit noch neben einigen kleinen Bahnhöfen, der Duisburger Hauptbahnhof, die Wülheimer Bahnhöfe, Langenbreez, Witten-Best, die Bochumer Bahnhöfe und der große Rangierbahnhof Werdau.

#### Die Eisenbahnerbewegung ist sich auch in Frankfurt zu.

Die Eisenbahner der Bahnhöfe Besdorf, Olfenburg, Wehlar, Duisburg und Siegen sind von der gegenwärtig in Berlin tagenden Kommission in die dritte Lohnklasse eingereiht worden, während die Eisenbahndirektion die Einreihung in die erste Lohnklasse als beinahe erreicht. Mit diesem Beschluß geben sich die Eisenbahner nicht zufrieden und drohen, wenn die Beschlässe der Berliner Kommission nicht abgeändert werden, mit dem Streik.

#### Obwohl im hiesigen Direktionsbezirk der Eisenbahnerausstand fortbauert, wird durch den Einmarsch der Technischen

Rothhilfe der Personenverkehr ganz, der Güterverkehr zum großen Teil aufrecht erhalten.

#### Sicherheitsmaßnahmen in Hamburg.

zu. Hamburg, 14. Januar.

Die große Halle des Rathauses war heute wieder in ein Festlager umgewandelt, der Rathausmarkt durch Stacheldraht abgesperrt, und an wichtigen Punkten der Stadt, besonders in der Umgebung des Gewerkschaftshauses standen starke Patrouillen, die Vorbereitungen getroffen hatten, den Weg zum Rathaus gleichfalls durch Stacheldrahthindernisse zu sperren. Im Gewerkschaftshaus fand eine von linksradikaler Seite einberufene, fast überfüllte Versammlung statt und Tausende von ungemein auferregten Flugblättern sollten aus den Straßen die Bevölkerung zur Ermöglichung von Betriebsräten, die die Kontrolle jeglicher Produktion und des gesamten Verkehrs in die Hand nehmen, veranlassen. Die Aktion scheiterte aber im Keim an den Vorbereitungen der Sicherheitspolizei. Es fand sich keine Mehrheit in der Versammlung, die eine gewalttätige Demonstration gemacht hätte und so ist bisher Hamburg ruhig geblieben.

#### Tagesgeschichte.

##### Deutsches Reich.

Vertrag gegen den Attentäter auf Eisner. Vor dem Volksgericht in München beginnt heute die Verhandlung in dem Mordprozeß gegen den Studenten Grafen Anton Arco-Valley, der beschuldigt wird, am 21. Februar vorigen Jahres das Revolverattentat auf den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner verübt zu haben.

Antrag auf Aufhebung des Urteils gegen Gefflerich. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei haben in der Nationalversammlung folgenden Antrag eingebracht: 1. Der Beschluß des 2. Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung vom 15. November 1919, durch welchen der Reuss Staatssekretär a. D. Gefflerich in Anwendung des § 69 der Strafprozessordnung zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt wurde, ebenso 2. der Beschluß desselben Untersuchungsausschusses vom 16. Dezember 1919, soweit er die unter 1. genannte Verurteilung aufreht erhält, wird aufgehoben.

Selbstmord eines Korvettenkapitäns. Der bekannte Korvettenkapitän Dorch nahm am Dienstag Gift zu sich und starb alsbald darauf. Er wurde als erfolgreicher U-Bootkommandant erwähnt und versenkte u. a. das französische Grotkampfschiff „Danton“.

Rücktritt des Reichsfinanzministers. Das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Mayer-Kauffmann ist vom Kabinett genehmigt worden.

Die erste Versammlung des Völkerverbundes. Willson hat die erste Versammlung des Völkerverbundes am Freitag, den 23. Januar nach Paris einberufen.

Folgende Uebersicht über die Besetzung der Abnahmungsgebiete gibt dem W. Z. P. von zutändiger Stelle zu: 1. Von Schwidrig: Ein französisches Bataillon trifft vom 20. bis 22. Januar in Dabersleben und Sonderburg ein, ein englisches Bataillon am 25. Januar zu Wasser in Hensburg. 2. Danzig: Danzig wird von zwei englischen und einem französischen Bataillon besetzt. Der erste Zug trifft auf Station Prank am 4. Februar ein. 3. Bezirk Marienwerder: Ein italienisches Bataillon trifft am 23. Januar in Deutsch-Opeln ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompanien werden in den ersten Februarjahren durch je ein halbes englisches Bataillon abgelöst. 4. Bezirk Allenstein: Am 30. und 31. Januar trifft ein Bataillon Engländer in Opeln ein, von dem später ein halbes Bataillon nach Semsburg gefandt wird. Am 4. und 5. Februar trifft ein zweites englisches Bataillon in Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verteilt wird. 5. Pommern: Pommern wird Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt. 6. Oberpommern: Oberpommern wird am 16. Januar besetzt. Die Franzosen be-

stehen an der Ostfront. Die genaue Verteilung zwischen den Alliierten steht noch nicht fest. Jedenfalls wird der südwestliche Teil von den Italienern, der mittlere Streifen von den Franzosen und der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

Luftpost. Die Berliner Völkerverbund hat gestern normittag ein Flugzeug der Deutschen Luftreederei mit etwa 3400 Infolos der Zeitungsförderung nicht bedürftigen Telegramme sowie Briefpost vom Flugplatz Johannisthal nach Utrecht abgeben lassen. Die Briefpost wird in Gelsenkirchen abgehoben.

Die ersten Befragungen. Nach Berliner Meldungen haben bereits die ersten Befragungen die deutsch-französische Grenze passiert.

Reichswirtschaftsminister und Gaudel. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt: Der Gewerkschaftsbund der Angestellten steht für Industrie und Landwirtschaft in 46 Vertreter, für den Handel einschließlich der Banken und des Versicherungswesens aber nur 30 Vertreter vor. Erhält sich schon aus dieser Verteilung der Sitze eine Benachteiligung des Handels, so verstärkt sich diese noch dadurch, daß dem Zentralrat der Arbeiterräte die Besetzung erteilt ist, von diesen 30 für den Handel bestimmten Vertretern 5 Arbeitnehmermitglieber als Vertreter der räumlichen Gliederung zu ernennen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (Sitz Berlin) vertritt die ansichtslos begründete Ansicht, daß der Handel für unsere Volkswirtschaft einen ebenso unentbehrlichen Faktor bildet, wie die Industrie und die Landwirtschaft und daß ferner die den Arbeiterräten erteilte Besetzung zur Ernennung von 5 Vertretern ungenügend ist, da die Arbeiterräte als Resolutionsercheinung weder verfassungsmäßige noch gesetzliche Anerkennung gefunden haben. Der Gewerkschaftsbund hat daher das Reichswirtschaftsministerium in einer Eingabe ersucht, 1. dem Handel einschließlich Bank- und Versicherungswesen ebenfalls 46 Vertreter auszubilligen, 2. die Ernennung der 5 Arbeitnehmervertreter für die räumliche Gliederung nicht durch den Zentralrat der Arbeiterräte, sondern durch die Gewerkschaften der Angestellten vornehmen zu lassen, und 3. die Zahl der überhaupt zu wählenden Arbeitnehmervertreter je zur Hälfte aus den Angestellten und den Arbeitern zu entnehmen.

Strafverfolgung gegen deutsche Firmen. Nach Mitteilungen aus Paris sind gegen mehr als 120 deutsche Firmen Strafverfolgungen eingeleitet worden, weil sie aus Privatbetrieben der besetzten französischen Gebiete Maschinen und Fabrikationsteile in Gebrauch genommen.

##### Holland.

Der Beitritt zum Völkerverbund. Wie die Blätter melden, hat die niederländische Regierung im Parlament einen Gesetzentwurf betr. den Beitritt der Niederlande zum Völkerverbund eingebracht.

##### Italien.

Generalstreik des Postpersonals. Die Mailänder Blätter melden, daß das Personal der Post-, Telegraphen- und Telefunkenverwaltung in ganz Italien den Generalstreik proklamiert hat. Die Streikenden verlangen u. a. die Erhöhung aller jetzigen Besoldungen um 1000 Lire. „Corriere della Sera“ beschränkt eine Mädwirkung des Streiks auf die im Gange befindliche Aktion der Eisenbahner. „Popolo d'Italia“ hebt hervor, daß der Generalstreik gerade in dem Augenblicke ausgebrochen sei, in dem die Pariser Verhandlungen ihren Höhepunkt erreicht hätten und Italien von seinen Verbündeten an der Wurzel gefaßt wurde.

##### Tschechoslowakei.

Die tschechoslowakische und österreichische Regierung vereinbarten, den geordneten diplomatischen Verkehr sofort aufzunehmen. In beiden Hauptstädten sind die bereits bestehenden Vertretungen in ordentliche Gesandtschaften umzuwandeln. In Warschau wurden bestellt: in Wien Dr. Robert Siederer und in Prag Dr. Ferdinand Marek.

##### Finland.

Neuer Mißerfolg Deniskins. Daily Express meldet, daß die Kruppen Deniskins Odesa geräumt haben.

#### Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Der Nationalversammlung ist vom Reichsarbeitsminister der Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter eingegeben. Die ihm beigegebene Begründung sagt das Gesetz als ein Glied auf in der Kette von Maßnahmen, die das Schicksal der Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundeten bessern sollen. Es gilt, neben der neu zu regelnden Rentenversorgung den Kriegsbeschädigten den Segen eigener Arbeitstätigkeit zu erhalten. Die Notlage des deutschen Wirtschaftslebens erfordert besondere Maßnahmen, damit die Schwerbeschädigten sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten können. Es ist beabsichtigt, zwei Hauptformen zu vereinigen, in denen dieses Ziel erreicht werden soll. Von den Arbeitsplätzen der Körperkräftigen des öffentlichen Rechts sollen bestimmte Bruchteile, von denen privater Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen den Schwerbeschädigten vorbehalten werden. Für Durchführung dieser Absicht werden nicht nur die Fürsorgestellen, sondern auch die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Schwerbeschädigten selbst oder ihre Vertretungen herangezogen. Der Überlastung von Erziehungsinstitutionen auf dem Lande ist dabei ausdrücklich gedacht.

Aus den Bestimmungen des Gesetzes ist hervorzuheben, daß die Schwerbeschädigten möglichst ihrem alten Beruf erhalten werden sollen; hiervon wird gerade in den Kreisen der Kriegsbeschädigten erwartet, daß das bekannte Drängen nach Beamtenstellen sich vermindern wird. Eine andere bemerkenswerte Festsetzung schreibt vor, daß die Entlohnung nach der Arbeitsfähigkeit der Schwerbeschädigten zu bemessen ist. Zwischen dem Arbeitgeber und dem schwerbeschädigten Arbeitnehmer soll auch nach dem neuen Gesetz das Arbeitsverhältnis auf dem freien Arbeitsverträge beruhen. Deshalb ändert sich an dem Kündigungsgesetz beider grundsätzlich nichts; Einschränkungen des Kündigungsrechts, die auf anderen Gesetzen beruhen, werden hiervon jedoch nicht berührt. Die Kündigungsfrist beträgt für die Entlassung Schwerbeschädigter mindestens vier Wochen. Bei Streitigkeiten über die Verpfändungen aus dem Gesetz ist der Schlichtungsausschuss zuständig; bei Verstößen privater Arbeitgeber sind Geldbußen bis zu 10.000 Mark möglich. Für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes kommt den Schwerbeschädigten noch ein erweiterter Schutz gegen Kündigungen zugute.

##### Bermittlung.

Schwammereidungen. Frankfurt a. M.: Der Main ist vorliegende Nacht so erheblich gestiegen, daß die tiefer gelegenen Stadtteile, namentlich die Altstadt, in großer Gefahr geräumt werden mußten. In der Schiffer- und der Regergasse drangen die Fluten in die unteren Stockwerke. Nach den vorliegenden Meldungen dürfte das Wasser noch mindestens einen Meter steigen. Der Hochwasserstand wird für Donnerstagabend erwartet. Seit 1882 hat Frankfurt ein derartiges Hochwasser nicht erlebt. — Düsseldorf: Der Rhein ist weiter im Steigen begriffen. Der Wasserstand betrug gestern gegen 11 Uhr abends 7,40 Meter. — Rastatt: Das Wasserbaunamt teilt mit, daß das Hochwasser im lang-